

dbb regional magazin

März 2017 • 24. Jahrgang

3

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Einkommen in West und Ost

Starkes Gefälle



Einkommen in West und Ost: Starkes Gefälle

Vieles in beiden „Deutschländern“ hat sich in den 27 Jahren seit der Wiedervereinigung angeglichen oder zumindest angenähert. In einem Bereich gilt das jedenfalls nicht: bei den Einkommen der Beschäftigten. Hier klafft zwischen West und Ost noch immer eine große Lücke. Rund 25 Prozent Unterschied hat das Portal Gehalt.de, das sich als „das führende Gehaltsportal im deutschsprachigen Raum“ bezeichnet, bei den durchschnittlichen Bruttojahresgehältern errechnet.

Gehalt.de ermittelt seine Daten durch Direktbefragungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und lässt diese von Vergütungsberatern prüfen. Bei den Bruttojahresgehältern liegt der Mittelwert im Westen demnach bei 46 835 Euro, im Osten dagegen nur bei 37 373 Euro, wie das Onlineportal am 21. Februar 2017 mitteilte.

Die Kernaussage dieser jüngsten Studie von Gehalt.de: Für denselben Job verdient man im Osten auch heutzutage unverhältnismäßig weniger als im Westen. 339 000 Gehaltsdaten sind in die Erhebung eingeflossen. Gehälter wurden nach Postleitzahlen regional eingeordnet und miteinander verglichen. Beim Ranking nach Bundesländern ergibt sich ein interessantes Bild. Die Bruttojahresgehälter fallen im Mittelwert am höchsten in Hessen aus (47 597 Euro), woran sicher die Bankenmetropole Frankfurt am Main entscheidenden Anteil hat. Auf Rang zwei kommt Baden-Württemberg (45 229 Euro), gefolgt von Bayern (44 605 Euro). Dahinter liegen Hamburg (44 541 Euro), Nordrhein-Westfalen (41 702 Euro), Rheinland-Pfalz (41 073 Euro), Bremen (40 313 Euro), das Saarland (39 430 Euro), Niedersachsen (37 847 Euro) und Schleswig-Holstein, wo der

Mittelwert immerhin noch auf 36 581 Euro beziffert wird.

Die Tabelle der neuen Bundesländer wird von Berlin angeführt. Mit einem Durchschnitt von 41 020 Euro Jahreseinkommen liegt die Hauptstadt deutlich über den Werten der anderen ostdeutschen Länder: In Thüringen, platziert auf Rang zwei, bekommen Fachkräfte 32 940 Euro, gefolgt von Sachsen (32 193 Euro), Brandenburg (31 584 Euro), Sachsen-Anhalt (31 338 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern, das mit 30 607 Euro die „rote Laterne“ trägt.

■ Größtes Gefälle im IT-Bereich

Auch branchenspezifische Untersuchungen sind in die Studie von Gehalt.de eingeflossen. Dabei stellte sich heraus, dass die größte Differenz im Industrie- und IT-Bereich besteht. Und obwohl Softwareentwickler bundesweit gesucht werden, verdient eine solche Fachkraft in einem alten Bundesland rund 55 900 Euro jährlich, im selben Job in den neuen Ländern aber nur 47 700 Euro – das macht 8 200 Euro Unterschied. Bei Elektronikern ist die klaffende Lücke noch größer – sie liegt bei gut 10 000 Euro und damit über 30 Prozent. Fast 20 Prozent



Differenz gibt es bei den Gehältern im Handelssektor.

Ein ähnliches Bild zeichnet die Studie auch für das Gesundheitswesen. In diesem Bereich wurde eine Differenz von insgesamt 15,6 Prozent ermittelt. Fachkräfte im Gesundheitswesen erhalten in den alten Bundesländern durchschnittlich 40 178 Euro pro Jahr, während im Osten im Schnitt 34 740 Euro jährlich aufs Konto gehen. Arzthelfer im Osten haben fast 4 000 Euro im Jahr weniger zur Verfügung als ihre Kollegen im Westen.

■ Warum diese Unterschiede?

In ihrer Untersuchung stellen die Fachleute von Gehalt.de auch die Frage nach den Ursachen für die anhaltenden, gravierenden Bezahlunterschiede. Diese seien vielfältig. So gebe es in den neuen Ländern kaum große Konzerne oder Industrien

wie im Westen des Landes. In den alten Bundesländern hätten zahlreiche Unternehmen ihren Firmensitz, darunter auch DAX-Konzerne mit viel Kapital und entsprechend hohem Personalbudget. In den neuen Ländern gebe es mehrheitlich kleine bis mittelständische Unternehmen – und die könnten keine so hohen Gehälter an ihre Beschäftigten zahlen.

Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit Unternehmen, aber auch Akademiker und Talente aller Art dem Osten den Rücken gekehrt haben. Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – also der Gesamtwert der von den Erwerbstätigen jährlich erwirtschafteten Waren und Dienstleistungen – war im Osten geringer als im Westen. So hat sich etwa in Mecklenburg die Wirtschaftsleistung seit der Wende zwar verdreifacht, aber von 2014 bis 2015 kletterte dort das BIP pro Kopf „nur“ um 3,7 Prozent. In Baden-



© Günter Menzl / Fotolia

Württemberg stieg es im selben Zeitraum um 4,4 Prozent.

Gleichzeitig, so wird konstatiert, sind aber auch die Lebenshaltungskosten im Großteil der neuen Bundesländer vergleichsweise gering. So liegen etwa Mietpreise oder Aufwendungen für den öffentlichen Personennahverkehr unter denen im Westen. Und einge Alt-Bundesbürger geraten ins Staunen, wenn sie im einen oder anderen Restaurant, zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, ein Schnitzel noch für weniger als zehn Euro bekommen.

■ Ausnahme: Hauptstadt Berlin

Eine Ausnahme im Vergleich mit den anderen Neu-Bundesländern ist Berlin. Nicht nur der jährliche Durchschnittsverdienst liegt in der Hauptstadt über dem Niveau der anderen fünf Länder. Berlin boomt,

jährlich kommen Tausende von Neubürgern an die Spree, um dort zu leben und zu arbeiten – und zwar sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten. Besonders auf die junge deutsche Gründerszene übt die Stadt eine große Anziehungskraft aus. Die vielen Start-ups, die hier entstehen, seien ein Grund dafür, dass das Gehaltsniveau höher ist.

■ Hoffnung auf Angleichung?

Erstaunlich ist, dass die Einkommenssituation in deutlichem Kontrast zur verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt steht. So hat sich die Erwerbslosigkeit auf dem Gebiet der früheren DDR in den vergangenen Jahren de facto halbiert. Lag die Arbeitslosenquote dort 2005 noch bei 20 Prozent, so waren es zuletzt neun Prozent. Dennoch bleiben die neuen Länder beim Einkommen abgehängt.

Für die Macher der Gehaltsstudie ist es fraglich, ob sich die Gehälter im Osten in naher Zukunft weiter an die im Westen angleichen. Zwar fänden große Städte in den neuen Ländern – etwa Berlin, Leipzig oder Dresden – immer mehr Zuspruch, beispielsweise von Abiturienten, die auf der Suche nach einem Studienplatz sind. Damit sei aber kein direkter Gehaltsanstieg verbunden. Nur die Start-up-Szene, die sich inzwischen auch in Leipzig ausbreitet, könne wohl zu einem Anstieg des Bezahlniveaus in der Region beitragen. Allerdings, so Gehalt.de, blieben ja auch die Gehälter im Westen nicht stehen. So werde sich vielleicht die Lohnlücke in einigen Jahren verkleinern, verschwinden werde sie aber wohl nicht.

■ Metropolen beeinflussen Einkommen im Land

In einer anderen Analyse ist Gehalt.de der Frage nachgegangen, welche Hauptstädte

der Bundesländer den größten Einfluss auf die Einkommen von Fachkräften haben. Dafür wurden fast 900 000 Datensätze aus 13 Ländern (ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen) verglichen. Das Ergebnis: Vor allem in Bayern ist der Einfluss Münchens groß. Berücksichtigt man die Landeshauptstadt, liegt das Gehaltsniveau bei durchschnittlich 44 605 Euro, ohne München beträgt das jährliche Durchschnittsgehalt 41 403 Euro. Das entspricht einer Absenkung von 7,2 Prozent. Auf den Plätzen im Länderranking unter diesem speziellen Aspekt folgen Thüringen, Sachsen und das Saarland. Dort sinkt das Gehaltsniveau, wenn die Hauptstädte unberücksichtigt bleiben, um je rund drei Prozent. In den sonst eher dünner besiedelten Bundesländern Sachsen und Thüringen fällt die Landflucht in die Hauptstädte finanziell ins Gewicht, konstatiert Gehalt.de weiter. Ein Grund dafür seien die niedrigeren Löhne, die die Beschäftigten außerhalb der Städte erhalten. So böten Erfurt und Dresden neben vielseitigeren Arbeitsplätzen und Arbeitgebern auch höhere Gehälter.

Allerdings gibt es der Erhebung zufolge auch Städte, die das Einkommensniveau eines Bundeslandes kaum oder nur gering beeinflussen. Dazu zählt die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden, wo sich eine Differenz von nur 23 Euro jährlich bei den Fachkräftegehältern ergab. Auch im Norden Deutschlands – in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – tragen die Landeshauptstädte Kiel und Schwerin so gut wie gar nicht zur Erhöhung des Gesamtlevels im Bundesland bei.

■ Stuttgart bei Hauptstädten an der Spitze

Einen Vergleich der Einkommen in den Landeshauptstädten selbst hat Gehalt.de in

seinem Gehaltsatlas 2016 vorgenommen. Dabei erreichte Stuttgart den Spitzenplatz. Hier lag das Lohnniveau bei 125,2 Prozent, also um mehr als 25 Prozent über dem allgemeinen Bundesdurchschnitt. Auf den zweiten und dritten Platz des Städterankings kamen München (123,8 Prozent) und Düsseldorf (115,9 Prozent), gefolgt von Wiesbaden (115,7 Prozent), Mainz (106 Prozent) und Hamburg (105,2 Prozent).

Auf den letzten Rängen landeten die Landeshauptstädte der neuen Bundesländer – alle bleiben unter dem Bundesdurchschnitt. Schlusslicht war Schwerin mit einem Ranking von 77,4 Prozent. Etwas besser schnitten die Städte Magdeburg (81,1 Prozent), Erfurt (81,8 Prozent) und Potsdam (82,4 Prozent) ab.

cok

3

dbb

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Cornelia Krüger (leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt Sachsen: Beatrice Hala Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagemann Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © Günter Menzl / Fotolia

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannens, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 20, gültig ab 1.10.2016

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Einkommensrunde 2017:

Respektables Ergebnis

Am Abend des 17. Februar 2017 einigten sich die Tarifparteien auf einen Kompromiss in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder.

Die Verhandlungen erwiesen sich als kompliziert, da neben einer linearen Erhöhung auch viele strukturelle Fragen mit hohem monetärem Volumen mitverhandelt wurden. Somit wurde vereinbart, die allgemeine Entgeltordnung, die Entgeltordnung für Lehrkräfte und schließlich auch EGO-Themen aus dem Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes bis zur nächsten Einkommensrunde zu erneuern, auszubauen und zu verbessern. Diese Gespräche sollen zeitnah nach den Redaktionsverhandlungen beginnen.

„Dieses Ergebnis ist respektabel“, stellt dazu der stellvertretende dbb Landesvorsitzende, Vorsitzende der Tarifkommission des dbb m-v und Mitglied der Verhandlungskommission des dbb, Michael Blanck, heraus. „Besonders die Einführung der Erfahrungsstufe 6 ist ein gutes Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten, die bereits länger im öffentlichen Dienst tätig sind.“ In die Stufe 6 kommen dann alle Beschäftigten in zwei Schritten, die zum 1. Januar 2018 bereits fünf Jahre in der

> Eckpunkte der Tarifeinigung

- > Erhöhung des Tabellenentgelts um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017, mindestens 75 Euro (Mindestbetrag – „soziale Komponente“)
- > weitere Erhöhung um 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018
- > Einführung der Erfahrungsstufe 6 in der Entgelttabelle (ab Entgeltgruppe 9) zum 1. Januar 2018 (1. Schritt) beziehungsweise zum 1. Oktober 2018 (vollständig)
- > Zulagen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder (das ist insbesondere dort bedeutsam, wo Erzieher/-innen nach Ländertarif bezahlt werden)
- > Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 35 Euro monatlich zum 1. Januar 2017 und weitere 35 Euro monatlich zum 1. Januar 2018
- > Prozessvereinbarung zur Weiterentwicklung von Entgeltordnungen
- > Laufzeit 24 Monate

Erfahrungsstufe 5 waren. Das bedeutet dann noch einmal eine Erhöhung bis zu drei Pro-

zent, wobei bisherige individuelle Entgeltstufen eingerechnet werden müssen.

Öffentlicher Dienst:

Tausende Landesbeschäftigte auf der Straße

Bundesweit legten am 1. Februar 2017 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder im Rahmen von Warnstreiks die Arbeit nieder, um ihren Unmut auf die Straße zu tragen, nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam ohne nennenswerten Fortschritt beendet worden war.

In Mecklenburg-Vorpommerns Landeshauptstadt Schwerin trafen sich 4 000 Landesbeschäftigte, darunter zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer, zu einem Demonstrationzug durch die Landeshauptstadt.

Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb m-v, kritisierte bei der Abschlusskundgebung vor dem Finanzministerium die Hinhaltenaktik der Arbeitgeber: „Werft doch endlich diese alten Rituale über Bord und lasst uns konkret werden!“



© Friedhelm Windmüller (4)



Dem Argument, die Länder müssten auf ihre Haushaltslage achten, hielt Knecht entgegen: „Seit 2011 erfüllt Mecklenburg-Vorpommern die Kriterien der Schuldenbremse, keine Neuverschuldung seit fast zehn Jahren – das wurde auch mit finanziellen Opfern der Landesbeschäftigten erreicht. Jetzt ist es endlich an der Zeit, ihre Leistungen mit einem anständigen Tarifabschluss wertzuschätzen. Dazu

gehört selbstverständlich auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtenschaft des Landes“, so Knecht. Der öffentliche Dienst müsse als Arbeitgeber attraktiv bleiben, sonst gehe ihm bald der Nachwuchs aus. „Was wollen

die Arbeitgeber den Bürgerinnen und Bürgern dann sagen?“, fragte der dbb Landeschef: „Dass künftig selbst lenkende Streifenwagen bei der Polizei unterwegs sind? Strafgefangene künftig selbst die Zellentür hinter sich zuschließen oder Bildung und Erziehung per App kommen? Das ist nicht die Zukunft“, machte Knecht deutlich.



Einkommensrunde 2017 und Beamte: Korrekturen erwartet

Die Landes- und Kommunalbeamten erwarten von der Landespolitik die Korrektur der bereits 2016 vorab beschlossenen Besoldungsanpassung in Höhe von 1,75 Prozent ab dem 1. Juni 2017.

„Sie steht im krassen Widerspruch zur Einkommensentwicklung bei den Tarifbeschäftigten der Länder. Gleichzeitig

sind Folgeregelungen für 2018 notwendig“, forderte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht unmittelbar nach Bekanntgabe des Tarifergebnisses am 17. Februar 2017. Die Politik sei gut beraten, wenn sie auf weitere Experimente auf dem Rücken der Beamtenschaft verzichte und wieder zur unver-

züglichen zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten, Richter sowie die Versorgungsempfänger zurückfände. „Insofern ist die Einkommensrunde für den dbb m-v noch nicht beendet, wir haben Gesprächsbedarf bei Finanzminister Matthias Brodkorb angemeldet“, betonte Knecht.

„Mit seiner Unterschrift unter dem Tarifvertrag mit der TdL“, so Knecht, „hat der dbb unterstrichen, dass es wichtig und richtig ist, die Leistungen der Tarifbeschäftigten zu honorieren. Entsprechende Anerkennung erwartet der dbb m-v jetzt für die Beamtenschaft und die Pensionäre des Landes.“

Gewalt gegen Beschäftigte: Angriffe strenger bestrafen

Physische und psychische Gewalt gegen Mitarbeiter gehören für Polizei- und Rettungskräfte leider zum harten Berufsalltag. Der dbb m-v begrüßt daher die Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutz der Beschäftigten am 8. Februar 2017 im Bundeskabinett als ersten Schritt in die richtige Richtung.

Auch die Initiativen, die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ausgingen, dürften hierbei Unterstützung geleistet haben. „Aber es geht uns nicht nur darum, Mitarbeiter in Uniform oder Rettungskräfte besser zu schützen, sondern auch um die übrigen Bereiche des öffentlichen Dienstes sowie bei den Eisenbahnen“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, „hier

verzeichnen wir seit dem letzten Jahr eine Zunahme der gewalttätigen Angriffe um 28 Prozent allein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wird eine im Dezember angekündigte Verschärfung des Strafrechts umgesetzt, um Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrbeamte und Rettungskräfte bei der

Dienstausübung mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug ahnden zu können. Erst am Abend des 5. Februar sind bei einem Einsatz in Ribnitz-Damgarten Retter mit Feuerwerkskörpern attackiert worden.

Aber auch in vielen anderen Bereichen wie in Jobcentern, Finanz- und kommunalen Ämtern, bei den Gerichtsvollzie-

hern oder in Schulen nehmen die Fälle in den letzten Jahren enorm zu.

Es ist gesellschaftspolitisch wichtig, die Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht weiter hinzunehmen. Wenn, wie in Ribnitz-Damgarten, Rettungskräfte beworfen, bedroht und beleidigt werden, darf die Öffentlichkeit das nicht ignorieren. „Jeder ist in der Pflicht, den Hang zur Aggressivität in der Gesellschaft einzudämmen. Viele Hilfs- und Rettungskräfte sind darüber hinaus ehrenamtlich für die Menschen im Einsatz, niemandem ist es zuzumuten, über die ohnehin oft

gefährliche Tätigkeit hinaus bei der Arbeit um seine eigene Gesundheit Angst haben müssen“, unterstrich Knecht abschließend.

Auch die DPoIG Mecklenburg-Vorpommern fordert seit Langem, auch mit den Mitteln des Strafrechts, Staatsdiener besser vor Übergriffen und Bedro-

hungen zu schützen, betont aber ebenfalls, dass dieser Gewalt bei Weitem nicht nur Polizistinnen und Polizisten ausgesetzt sind. „Alle Kollegen in der öffentlichen Verwaltung, in den Bildungseinrichtungen, bei der Feuerwehr und den Rettungsdiensten sind dieser Gewaltgefahr ausgesetzt. Alle müssen in diesen gesetzlichen

Schutz aufgenommen werden“, betonte der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Ronald Müller.

Er unterstreicht die Auffassung des dbb, dass der Gesetzesantrag, den das Land Nordrhein-Westfalen im Dezember 2016 in den Bundesrat eingebracht hat, besser geeignet sei, einen

wirksamen strafrechtlichen Schutz aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erreichen. Über eine Nennung aller Übergriffe auf Staatsdiener und Ehrenamtliche bei der Regelung im Strafgesetzbuch zur Strafzumessung könne deren Dienst für Gemeinwesen und Gemeinwohl besser geschützt werden. ■

Mecklenburgische Bäderbahn: Neue Verhandlungen

Nach einer Ruhephase sollen die Tarifverhandlungen zwischen der GDL und der Mecklenburgischen Bäderbahn Molli GmbH (Molli) wieder aufgenommen werden. Dies ist das gemeinsame Interesse beider Tarifparteien.

In einem ersten Schritt übersandte die GDL der Molli am 20. Februar 2017 ihr Forderungspaket. Darin erläutert die GDL ihre Absicht, den bestehenden, in der Nachwirkung befindlichen Haustarifvertrag komplett

zu überarbeiten und somit für die Arbeitnehmer wieder lesbarer und anwenderfreundlicher zu gestalten. Dies ist aus Sicht der GDL notwendig, da im Laufe der Zeit aufgrund der vielen Änderungstarifverträge ein – ehrlicherweise – unübersichtliches Tarifwerk entstanden ist, dass jetzt gründlich entschlackt werden soll.

Konkret sollen vor allem Verbesserungen bei der Arbeitszeitsystematik und beim Entgelt erreicht werden. So fordert die GDL die Absenkung der Arbeitszeit auf eine 38-Stunden-Woche zum 1. Januar 2018 ohne gleichzeitige Absenkung des Entgelts. Auch sollen Regelungen zur Schichtsymmetrie und zur Mindestschichtanrechnung eingeführt werden.



Die Dauer eines Ruhetags soll auf 36 Stunden erhöht werden und einen kompletten Kalendertag umfassen. Nur mit Zustimmung des Betriebsrats kann die Dauer ausnahmsweise um vier Stunden verkürzt werden. Die GDL fordert auch eine Ausgleichszulage ab der ersten Schicht, falls vorübergehend höherwertigere Tätigkeiten ausgeübt werden. Außerdem sollen die Nacht-, Sonn- und Feiertagszulagen deutlich erhöht werden.

Darüber hinaus sollen Regelungen zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers im Falle eines traumatischen Ereignisses festgeschrieben werden. GDL und Molli haben die Absicht erklärt, sich in Kürze über das weitere Vorgehen abzustimmen. ■

> Aufruf zur Personalratswahl 2017

In der Zeit vom 1. März bis 31. Mai 2017 werden Personalvertretungen in Mecklenburg-Vorpommern neu gewählt. Entscheiden Sie mit, wer als Personalratsmitglied in den nächsten vier Jahren auch Ihre Interessen gegenüber dem Dienststellenleiter vertritt. Entscheiden Sie sich für eine sachliche und sachverständige Personalratsarbeit.

Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften!

Stetiger Personalabbau bei gleichzeitig wachsenden Anforderungen und sich kontinuierlich verschlechternden Rahmenbedingungen, wenig Verständnis in der Politik für den öffentlichen Dienst – hier gilt es, Lösungen anzubieten und Perspektiven zu schaffen. Der dbb m-v und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die Anerkennung der Leistungen des öffentlichen Dienstes ein. Ohne die Mitgestaltung der Personalräte des öffentlichen Dienstes ist eine erfolgreiche Durchsetzung unserer Ziele nicht denkbar.

Dafür sind kompetente, engagierte und mit Verhandlungsgeschick ausgestattete Personalvertretungen notwendig.

dbb Personalratsmitglieder haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie diese Qualitäten besitzen. Und Sie können sich auch in Zukunft auf sie verlassen. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben wegen der Unterstützung durch ihre Fachgewerkschaften und den dbb als Dachverband eine besondere Sachkunde, auf die sie bei der Personalratsarbeit zurückgreifen können. Sie sind mit den Verhältnissen des jeweiligen Ressorts und seiner Einrichtungen bestens vertraut.

Der dbb m-v ist näher dran!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v wissen, wo's langgeht. Sie sind

- > Kompetent, weil sie fachkundig und sachbezogen geschult werden
- > Objektiv, weil für sie nur die Sache ausschlaggebend ist
- > Weisungsfrei, weil sie sich beraten, aber nicht dirigieren lassen
- > Parteipolitisch unabhängig, weil Parteipolitik im Personalrat nichts zu suchen hat
- > Engagiert, weil sie das Beste für Sie herausholen wollen

dbb Personalratsmitglieder setzen sich ein, damit es vorangeht. Auch für Sie. Zum Beispiel bei

- > Beförderungen und Höhergruppierungen, Versetzungen und Abordnungen, bei Umsetzungen und Zuweisungen
- > Arbeitszeitregelungen
- > Umsetzung der leistungsorientierten Bezahlung
- > Abmahnungen und Kündigungen
- > Auswahl der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen
- > Veränderungen der Dienststellenorganisation

Einkommensrunde 2017:

Übernahme für Beamte gefordert

Am 23. März 2017 trafen sich die Vertreter der Beamten- und Versorgungsgewerkschaften im SBB, um die Ergebnisse der Einkommensrunde zu analysieren und die Forderungen für Sachsens Beamte zu formulieren.

Am 17. Februar 2017 haben sich Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf ein Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder verständigt. Der SBB hatte bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass an einer Eins-zu-eins-Übernahme dieses Ergebnisses für die sächsischen Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfänger kein Weg vorbeiführt.

Nach umfassender Prüfung der Tarifeinigung und deren Diskussion in den Beamten- und Versorgungsgewerkschaften fordert der SBB folgende Eckpunkte für die systemgerechte und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamten- und Versorgungsgewerkschaften: Übernahme der vereinbarten linearen Erhöhung

um 2,0 Prozent zum 1. Januar 2017 sowie weitere 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018. Einführung einer neuen Endstufe in der Besoldungstabelle für alle Besoldungsgruppen in zwei Stufen zum 1. Januar 2018 sowie zum 1. Oktober 2018. Für Versorgungsempfänger ist eine entsprechende systemgerechte Teilhabe vorzusehen.

Mit der Einführung der neuen Endstufe für alle Besoldungsgruppen kann, unter Beachtung der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zur Besoldung, die notwendige systemkonforme Kompensation des Sockelbetrages in den unteren Besoldungsgruppen erreicht werden. Dies ist notwendig, da nicht alle Tarifele-



> Kolleginnen und Kollegen aus den dbb Gewerkschaften demonstrierten in Dresden für ein akzeptables Tarifergebnis.

mente im Besoldungssystem der Beamten übernommen werden können. Für die Beamtenanwärter sind die Kernforderungen zur Tarifübernahme: Erhöhung der Anwärterbezüge um je 35 Euro zum 1. Januar 2017 und zum 1. Januar 2018 sowie die Erstattung der Übernachtungskosten am auswärtigen Ort.

„Natürlich ist es zuallererst eine Frage der Gerechtigkeit, die Beamten- und Versorgungsgewerkschaften in der Einkommensrunde gleichermaßen zu bedenken“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB. „Mit der von uns vorgeschlagenen Lösung wird das

Ergebnis der Tarifeinigung wirkungsgleich und angemessen auf die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger übertragen.“

Bereits im Oktober 2016 hatten Mitglieder des Sächsischen Landtages aus CDU, SPD, DIE LINKE sowie Bündnis 90/Die Grünen in einer Podiumsdiskussion erklärt, den Tarifabschluss 2017 für die Beschäftigten der Länder (TV-L) inhalts- und zeitgleich auf die Beamten übertragen zu wollen. „Jetzt gilt es, Wort zu halten“, so Seidler. „Die Einkommensrunde 2017 ist noch nicht zu Ende!“

Jugend- und Auszubildendenvertretungen:

Aktiv werden statt meckern

Im Mai 2017 stehen die planmäßigen Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen nach dem Sächsischen Personalvertretungsgesetz an.

Alle Jugendlichen (Beschäftigte bis zum 18. Lebensjahr) und alle Auszubildenden (Beschäftigte in einer beruflichen Ausbildung unabhängig vom Alter) sind aufgerufen, ihre Interessenvertreter für die nächsten zwei Jahre zu wählen. Unterstützung ist wichtig, damit die Jugend- und Auszubildendenvertretungen eure Interessen

gegenüber dem Personalrat und der Dienststelle durchsetzen können. Unterstützt eure JAV-Kandidaten der SBB-Gewerkschaften!

Was ist berufliche Ausbildung?

Hierunter zählen, neben dem Ausbildungsverhältnis (zum

Beispiel nach BBiG), alle Beschäftigungsverhältnisse, die das „Erlernen“ der Kenntnisse für den späteren Beruf zum Ziel haben. Dies können beispielsweise Beamte auf Widerruf oder Beschäftigte in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses sein.

Ablauf

Ich habe am Tag der Wahl Berufsschule oder bin aus anderen Gründen nicht in der

Dienststelle und möchte wählen? Hierfür kann vorab ein formloser Antrag an den Wahlvorstand gestellt werden, dass mittels Briefwahl gewählt werden soll. Der Wahlvorstand wird die Wahlunterlagen dann vorab übergeben und die Wahlunterlagen können an den Wahlvorstand zurückgesandt werden.

Ich möchte mich aktiv in die JAV-Arbeit einbringen. Wie kann ich Kandidat werden? Um Kandidat zu werden,

müssen zuerst die Voraussetzungen nach dem Personalvertretungsgesetz erfüllt sein. Hierfür solltest du am Tag der Wahl entweder noch in Ausbildung sein oder du hast das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet. Wenn du dieses Kriterium

erfüllst, kannst du dich entweder an deine Fachgewerkschaft wenden, welche eine Liste aufstellt, oder du stellst deine Liste selbst auf. Hierfür brauchst du Unterstützer. Das genaue Verfahren entnimmst du bitte dem Wahlausschreiben des

Wahlvorstandes, das dieser veröffentlichen muss. Darin siehst du, bis wann und wohin du alles schicken musst.

Bei Fragen zur Wahl steht neben eurer Fachgewerkschaft auch die Landesjugendleitung

der SBB Jugend gern zur Verfügung. Schreibe einfach eine E-Mail an post@sbb-jugend.de. Wir helfen gern weiter.

*Nils Oeser,
Vorsitzender der SBB Jugend*

Seiteneinsteiger an Schulen:

Notlösung oder Bereicherung?



© Hala (2)

Vor dem Hintergrund der immer schwieriger werdenden Lehrerversorgung an sächsischen Schulen fand am 4. Februar 2017 das 9. Schulpolitische Forum der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages und des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen unter der thematischen Fragestellung „Herausforderung Seiteneinsteiger – Notlösung oder Bereicherung für das sächsische Schulsystem?“ im Deutschen Hygiene-Museum Dresden statt.

Nach der Vorstellung der Referenten sowie der Teilnehmer der Podiumsdiskussion folgte ein Grußwort des 1. Vorsitzenden des LVBS, Dirk Baumbach. Er unterstrich die Wichtigkeit dieses Themas für die berufsbildenden Schulen.

■ Kurth: Seiteneinstieg stärken

Staatsministerin Brunhild Kurth stellte in ihrem Impulsreferat die Lehrerbedarfsprognose des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) bis ins Jahr 2030 vor. Dabei wurde deutlich, dass der Be-

darf an Neueinstellungen in den nächsten Jahren trotz langfristiger Zielvereinbarungen deutlich über den Ausbildungszahlen aller Lehramtsstudiengänge der Sächsischen Universitäten liegen wird. Kurth stellte klar, dass es in der Zukunft ohne Seiteneinsteiger in sächsischen Schulen keine umfassende Absicherung des Unterrichts geben wird. Im Einstellungsverfahren zum 1. August 2016 lag die Seiteneinsteigerquote bereits bei 45 Prozent. Neben der Darstellung der Notwendigkeit einer stärkeren kurz- und langfristigen Qualifizierung rief die

Kultusministerin die Lehrer auf, die Seiteneinsteiger vor Ort in den Schulen tatkräftig zu unterstützen. Ziel müsse es sein, die pädagogischen Defizite zu überwinden und die Qualität des Unterrichts der grundständig ausgebildeten Lehrkräfte zu erreichen. Dieser Forderung schließen sich die Lehrerverbände an, aber eine Unterstützung durch die gestandenen Lehrkräfte kann es nicht zum „Nulltarif“ geben. Die Antwort auf die Frage, wie das Sächsische Staatsministerium den Wettkampf um die bundesweit begehrten Lehrer angesichts eines eklatanten

Standortnachteils gewinnen will, blieb die Ministerin schuldig. Bei einem Nettolohnnachteil zwischen 500 und 900 Euro pro Monat im Vergleich zu verbeamteten Lehrkräften in anderen Bundesländern und weiteren unattraktiven Rahmenbedingungen im sächsischen Schuldienst dürften die dargestellten dauerhaft hohen Einstellungsbedarfe trotz Hilfe von Seiteneinsteigern nicht zu realisieren sein.

Professor Axel Gehrman vom Zentrum für Lehrerbildung, Schul- und Berufsbildungsforschung der TU Dresden (ZLSB) unterstrich, dass das Phänomen Seiteneinsteiger kein neues ist, sondern schon in vergangenen Jahrzehnten immer wieder auf der Agenda stand, allerdings unter anderer Begrifflichkeit. Untersuchungen des ZLSB haben den Bedarf an jährlich 2 400 Lehramtsstudierenden bereits 2012 prognostiziert, was den aktuellen Bedarf 2017 erstaunlich genau abbildet. Die Bedarfsplanungen des SMK lagen damals deutlich niedriger.

■ Diskussion: Schule gescheitert?

In der abschließenden Runde auf dem Podium diskutierten drei Seiteneinsteiger aus drei Schularten: Olaf Süß, Markus Schicht und Michael Janze sowie Mathias Peter, Leiter der Regionalstelle Bautzen der Sächsischen Bildungsagentur, Jens Weichelt, Landesvorsitzender des SLV und der Vorsitzende des Arbeitskreises für Sport und Schule der CDU-Landtagsfraktion, Lothar Bienst (MdL).

Die Seiteneinsteiger aus der Grund-, Ober- und berufsbildenden Schule machten nicht nur deutlich, wie wichtig die positive Aufnahme und Unterstützung der „Neuen“ in den Lehrerzimmern ist, sondern auch, dass die Fokussierung auf eine zielgerichtete und passgenaue Qualifizierung nötig ist. Jens Weichelt erinnerte eindringlich daran, dass die Lehrerverbände unter dem Stichwort „Demografievorsorge“ schon seit vielen Jahren die rechtzeitige Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern gefordert hatten und warf der Landesregierung in diesem Punkt Versäumnisse vor. Dienst bestätigte die Kenntnisnahme des Problems seit 2010 im Sächsischen Landtag, verwies aber auf das Finanzministerium, welches Einstellung von Lehrkräften „auf Vorrat“ nicht zulässt. Aus Sicht der Bildungs-



agentur sind die Seiteneinsteiger eine große und neue Herausforderung.

Unter den Wortmeldungen waren sehr emotionale Darstellungen der Probleme von Seiteneinsteigern im System Schule bis hin zu ihrem Schei-

tern. Hier fehlte den Teilnehmern der Ansprechpartner aus dem Kultusministerium, sodass trotz intensiver Diskussionen viele Fragen unbeantwortet blieben. Auch die Fragestellung des Tages, sind Seiteneinsteiger eine Notlösung oder Bereicherung für das sächsische

Schulsystem, wurde nicht beantwortet, im Ergebnis aber aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. „Das Interesse am Thema ist groß und so wird man auch zukünftig im Dialog gemeinsam an Lösungen arbeiten müssen“, so Baumbach in seinem Schlusswort. ■

Kommentar:

Naunhof bekommt Tarifvertrag

Im Herbst 2015 erlangte die sächsische Kleinstadt Naunhof bundesweite Bekanntheit. Die Stadt war seinerzeit aus dem kommunalen Arbeitgeberverband ausgetreten und seit 1994 galt kein Tarifvertrag mehr.



> Demonstranten in Naunhof

Bürgermeister und Personalrat strebten eine Dienstvereinbarung an, um die Arbeitsbedingungen in Naunhof

Schritt für Schritt an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) heranzuführen. Natürlich war der Stadtrat

einzu beziehen, der die höheren Personalausgaben in der Haushaltsatzung zu beschließen hatte. Noch nie

habe ich erlebt, wie negativ ein Kommunalparlament gegen die Mitarbeiter der Verwaltung eingestellt sein kann. Ohne Gesprächsbereitschaft und nachvollziehbare Begründung lehnte der Stadtrat diese Dienstvereinbarung ab. Über das Verhältnis Bürgermeister – Stadtrat mag ich gar nicht reden. Weder ein Landrat noch die Regierung in Berlin konnten helfen.

Plan B musste her und das bedeutete, dass die Stadt vom dbb zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Haustarifvertrag aufgefordert wurde. Inzwischen waren fast alle Mitarbeiter Mitglied der DVG Sachsen geworden, sodass der dbb als Tarifvertragspartei auftrat.

Nach vier Warnstreiks und einer Urabstimmung mit darauffolgendem Erzwingungsstreik im Jahr 2016 erkannte der Stadtrat den Handlungsbedarf und gab seine Blockadehaltung auf. Er beauftragte eine Rechtsanwaltskanzlei, Verhandlungen mit dem dbb aufzunehmen. So wurde endlich ab Oktober 2016 konstruktiv verhandelt.

In der letzten Verhandlungsrunde am 6. Dezember 2016 einigten sich die Verhandlungsparteien auf den Abschluss des TV Naunhof und den Überleitungstarifvertrag. Der TV Naunhof entspricht inhaltlich im Wesentlichen dem TVöD. Abweichungen gibt es bei der Sonderzahlung, die um einen Anteil der leistungsorientierten Bezahlung aufgestockt wurde, den nicht tarifierten Zuschlägen und den fehlenden Regelungen zur

Reisekostenabrechnung. Diese Punkte sollen durch Dienstvereinbarung geregelt werden. Im Überleitungstarifvertrag wurde die Überleitung der Erzieherinnen ab 1. Januar 2017 in die SuE-Tabelle und der übrigen Beschäftigten ab 1. Juli 2017 in die TVöD-Tabelle geregelt. Dabei werden die Tabellenentgelte mit Stand Februar 2016 gezahlt, jeder Beschäftigte erhält einen Zuschlag in Höhe von 50 Prozent der Differenz zum Tabellenentgelt mit Stand 1. Februar 2017. Ab 1. Januar 2018 wird das Entgelt in der vollen TVöD-Höhe gezahlt.

Auszuhandelnde TVöD-Tarif erhöhungen im Jahre 2018 werden zeitversetzt um vier Monate in den TV Naunhof übernommen, TVöD-Tariferhöhungen ab dem Jahr 2019 werden zeitgleich übernommen. Der TV Naunhof läuft

über zehn Jahre, das heißt, so lange besteht eine Friedenspflicht. Das war wohl der entscheidende Grund, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am Abend des 26. Januar 2017 einstimmig den ausgehandelten Tarifverträgen zustimmte. Bereits am Mittag dieses Tages stand das Ergebnis der Urabstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern fest: 98 Prozent stimmten für die Tarifverträge und damit für eine Beendigung des bis dahin lediglich unterbrochenen Streiks.

Fazit: Die Gewerkschaftsbewegung hat einen großen Erfolg innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums für die Beschäftigten in Naunhof, die DVG Sachsen und den dbb errungen. Für die Stadtverwaltung bedeutet die Umsetzung der Tarifeinigung viel Arbeit, die aber endlich ist.

Ein großer Dank gilt den Mitgliedern der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission, dem dbb für seine moralische, logistische, juristische und finanzielle Unterstützung und allen Gewerkschaftsmitgliedern in Naunhof für ihren Zusammenhalt, ihre Kampfbereitschaft und Kampfstärke.

Was wir allein nicht schaffen, das schaffen wir zusammen. Das Beispiel Naunhof zeigt, wie wichtig Gewerkschaften in der Gesellschaft sind, um den sozialen Frieden herzustellen und die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Leben zu erfüllen.

*Jürgen Kretzschmar,
Vorsitzender der DVG Sachsen*

Einsatzbetreuung:

Im Einsatz für das Ehrenamt

Die DPoIG Sachsen e. V. versorgte einen Teil der rund 600 Polizistinnen und Polizisten am 13. Februar 2017 im Rahmen ihrer Mitgliederbetreuung mit heißen Getränken sowie Schokolade und Bockwurst. In zwei Schichten führen die Kollegen der DPoIG am Gedenktag der Bombardierung auf Dresden durch die Stadt.

„Wir kümmern uns an diesem anstrengenden Tag nicht nur um unsere DPoIG-Mitglieder, sondern um alle, die im Einsatz

sind“, so Cathleen Martin, Landesvorsitzende der DPoIG Sachsen, auf ihrer letzten Tour gegen 22 Uhr. Und so stand

nicht nur die Menschlichkeit im Mittelpunkt des Gedenkens, sondern auch im alltäglichen Miteinander. DPoIG-Mitglied Sebastian Michael ist begeistert: „Ich finde die Aktion spitze und es zeigt mir, dass ich in der richtigen Gewerkschaft organisiert bin. Nach über zehn Stunden Einsatz ist ein heißer Kaffee genau das Richtige.“ Der am 26. Januar 2017 neu gewählte Landesvorstand der DPoIG Sachsen e. V. führt damit eine lange Tradition fort. ■



> Cathleen Martin und ihr Kollege Jochen Baumgärtel im nächtlichen Einsatz am Theaterplatz.

> Glückwünsche

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen gratuliert herzlich:

Karla Jost, vbba
Ines Deinert, vbba
Regina Hauptvogel, GdS
Sieglinde Hebeda, GdS
Lutz Pöge, vbba

zur Berufung zu ehrenamtlichen Richtern/-innen beim Sächsischen Landessozialgericht.

Carolin Meyer, GdS
Andrea Oeser, GdV
Ramona Böhm, GdV
Petra Liebetrau, GdV
Ute Sittner, GdS

zur Berufung zu ehrenamtlichen Richtern/-innen beim Sozialgericht Chemnitz.

Petra Heinert, GdS
Ruth Zilinski, GdS
Nicole Brandis, GdS
Michael Parnitzke, GdV
zur Berufung zu ehrenamtlichen Richtern/-innen beim Sozialgericht Leipzig.

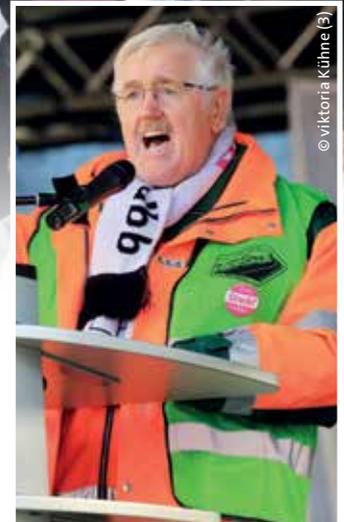
Andrea Oeser, GdS
Mario Kahlow, GdS
Carsten Finn, GdS
Lars Vollbarth, DGVB
zur Berufung zu ehrenamtlichen Richtern/-innen beim Sozialgericht Dresden.



Einkommensrunde 2017:

Ein tragfähiger Kompromiss

Nach vier Wochen harter Verhandlungen ist die Einkommensrunde der Länder am 17. Februar 2017 zu Ende gegangen. „Mit dem Ergebnis können beide Seiten gut leben. Die Beschäftigten haben mehr Geld im Portemonnaie und halten Anschluss an ihre Kolleginnen und Kollegen in Bund und Kommunen. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen ist das Ergebnis auch finanzierbar“, sagte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck.



© Viktoria Kühne (3)

„Jährlich gehen hier 2 000 Beschäftigte in den Ruhestand. Die Landesregierung muss sich deshalb in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für attraktive Arbeitsbedingungen starkmachen, sonst werden wir den notwendigen Nachwuchs nicht bekommen. Das gilt natürlich auch, wenn es um die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger geht. Angesichts eines satten Haushaltsüberschusses aus 2016 von 350 Millionen Euro und nicht abgeflossener Personalmittel von 69 Millionen Euro sind unsere Forderungen auch finanzierbar.“

■ Aktive Mittagspause

In einer „Aktiven Mittagspause“ am 15. Februar 2017 in Magdeburg forderten unmittelbar vor der letzten verabschiedeten Verhandlungsrunde Angestellte und Beamte von den Arbeitgebern, endlich ein Angebot vorzulegen. „Wir haben gute Argumente für unsere Forderungen, von den Arbeitgebern kam aber bisher nur heiße Luft“, sagte Ulrich Stock, dbb Landesvize. Die Chance für einen Kompromiss am Verhandlungstisch am 16. und

Begleitet wurden die Verhandlungen von Warnstreiks und Kundgebungen auch in Sachsen-Anhalt. Nachdem am 30. und 31. Januar 2017 in Potsdam die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) fortgesetzt wurden und auch die zweite Runde ohne Ergebnis zu Ende gegangen war, erhöhten die Gewerkschaften den Druck und riefen im öffentlichen Dienst von Sachsen-Anhalt am 14. Februar 2017 zu flächendeckenden Warnstreiks auf. In Magdeburg versammelten sich 7 000 Beschäftigte des Landes auf dem Alten Markt, um für höhere Einkommen zu demonstrieren.

■ Kundgebung

„Insgesamt sechs Prozent mehr sind für die starken Leistungen der Landesbeschäftigten absolut angemessen“, sagte Siegfried Damm, der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, bei der Kundgebung auf dem Alten Markt. Darin müssen

ein Mindestbetrag als soziale Komponente sowie die Einführung einer durchgängigen Stufe 6 in der Entgelttabelle enthalten sein. „Wenn am Donnerstag in Potsdam die Tarifverhandlungen in die dritte und damit vorerst letzte Runde gehen, müssen die Arbeitgeber

liefern. Die Geduld der Beschäftigten ist am Ende.“

Wie wichtig eine angemessene Einkommenserhöhung für den öffentlichen Dienst von Sachsen-Anhalt ist, unterstrich der Vorsitzende des dbb Bundesbundes, Wolfgang Ladebeck:



© dbb

17. Februar sei gut. „Eine vierte Runde ist nicht vereinbart und eine Schlichtungsvereinbarung existiert nicht. Jetzt müssen die Arbeitgeber liefern“, so Stock. In ihrer Mittagspause waren verbeamtete Lehrer, Beamtinnen und Beamte aus

den Ministerien und den nachgeordneten Behörden sowie Polizeivollzugsbeamte vor das Hotel Ratswaage gekommen, um ihre Solidarität mit den Angestellten zu bekunden. Ihnen ist klar, von einem in der Einkommensrunde erreichten

guten Kompromiss haben die Beamten nur etwas, wenn das Ergebnis wirkungs- und zeitgleich auf sie übertragen wird. „Dann muss die schwarz-rot-grüne Landesregierung liefern und ihre Zusage aus dem Koalitionsvertrag, das Tarifergebnis

eins zu eins auf die Beamten zu übertragen, einhalten. Insbesondere auf eine wirkungsgleiche Übertragung wird der Beamtenbund beim Finanzminister nach Vorliegen einer Tarifeinigung drängen“, sagte Stock. ■

Erfahrungsstufe 6:

Zeichen für Wettbewerbsfähigkeit

„Mit der Einführung einer Erfahrungsstufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 wird ein deutliches Zeichen für die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gerade im Lehrkräftebereich gesetzt“, so kommentiert der stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Landeschef des Verbandes Bildung und Erziehung, Helmut Pastrik, ein wichtiges Teilergebnis der Einkommensrunde 2017.

Für die Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt war die zusätzliche Erfahrungsstufe 6 die Hauptforderung dieser Tarifrunde. Sie bedeutet eine höhere Wertschätzung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit und eine Aufwertung des Lehrerberufs. In der Entgelttabelle wird schrittweise eine zusätzliche sechste Erfahrungsstufe eingeführt, die nach einer Beschäftigungszeit von 15 Jahren erreicht wird. Zum 1. Januar 2018 wird diese neue Stufe mit halbem Betrag zum 1. Oktober 2018 vollständig eingeführt. Im Vergleich zur Stufe 6 in der Tabelle des Bundes liegt die neue Stufe 6 der Ländertabelle etwas darunter. Dennoch ist Pastrik stolz auf das Erreichte: „Die Lehrerinnen und Lehrer unseres Bundeslandes haben für die Erfahrungsstufe 6 gekämpft und können einen großen Erfolg verbuchen. Mit dem Verhandlungsergebnis wurde ein tragfähiger Kompromiss bei der Verteilung des finanziellen Gesamtvolumens der Tarifeinigung zwischen den Berufsgruppen im öffentlichen Dienst erzielt.“

Die Arbeitgeberseite hatte bereits in der zweiten Verhandlungsrunde am 31. Januar 2017 die Einführung der Erfahrungsstufe 6 von der Zusage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) abhängig gemacht, den Tarifvertrag über die Eingruppierung von Lehrkräften (Entgeltordnung-Lehrkräfte) nachzuzeichnen. Diesen Tarifvertrag hatte der dbb beamtenbund und tarifunion bereits 2015 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder abgeschlossen. Seitdem sind sehr viele Anträge auf Höhergruppierungen beziehungsweise Angleichungszulagen in den personalverwaltenden Stellen des Bildungsministeriums in Sachsen-Anhalt eingegangen.

Die GEW scheiterte hingegen mit ihren Versuchen, in Sachsen und Berlin durch Streiks Länder-Tarifverträge zur Eingruppierung von Lehrkräften durchzusetzen. „Es ist eine kluge Entscheidung der GEW, den Tarifvertrag zur Eingruppierung von Lehrkräften nachzuzeichnen. Fortan können wir mit vereinten Kräften diese

Entgeltordnung weiterentwickeln. Das ist im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer unseres Bundeslandes, die sich wünschen, dass die Gewerkschaften ihre Kräfte bündeln“, sagte Pastrik. Die Tarifeinigung

von Potsdam sieht vor, dass nach Abschluss der Redaktionsverhandlungen zur Entgeltrunde die Gespräche zu strukturellen Fragen der Entgeltordnung-Lehrkräfte fortgesetzt werden. ■

> Rentenangleichung kommt zu spät

Für dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck kommt die vom Bundeskabinett in dieser Woche beschlossene Angleichung der Renten Ost an West bis 2025 zu spät.

„Im Koalitionsvertrag hat die schwarz-rote Bundesregierung vereinbart, dass die Ost-West-Rentenangleichung bis spätestens 2020 abgeschlossen wird. Noch im Spätsommer letzten Jahres hat Bundesministerin Nahles einen Referentenentwurf vorgelegt, der eine Anpassung in zwei Schritten bis 2020 vorsah. Der nunmehr ‚faule Kompromiss‘ des Koalitionsausschusses verschiebt die Vollendung der Deutschen Einheit um weitere fünf Jahre. Darauf kann die Bundesregierung nicht wirklich stolz sein. Die Angleichung der Renten in Ost und West 35 Jahre nach der Wiedervereinigung werden viele Bestandsrentner nicht mehr erleben“, kommentierte Ladebeck. Zudem blieben viele Fragen der Rentenüberleitung für besondere Berufsgruppen wie Krankenschwestern, Eisenbahner, Beschäftigte der Post und Wende-Professoren ungelöst. Diese sollten früheren Versprechen vertrauen und auch im Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz geregelt werden. Weil zukünftige Rentner den Aufwertungsfaktor verlieren, sei es umso wichtiger, dass „prekäre Arbeitsverhältnisse der Vergangenheit angehören und die Löhne im Osten weiter steigen“. In der Höhe der Rente spiegelte sich letztlich wider, welchen Wert wir der Arbeit beimessen, die Menschen ihr Leben lang geleistet haben. Deshalb müsse die gesetzliche Rente nicht nur Armut im Alter vermeiden, sondern auch wieder den Lebensstandard sichern, den sich die Menschen im Berufsleben erarbeitet haben. Der Regierung fehle es offenbar an einem Konzept gegen drohende Altersarmut.

Hintergrund: Die Bundesregierung hat am 15. Februar 2017 nach jahrelanger Diskussion einen Gesetzentwurf über die Angleichung der Renten an das Westniveau beschlossen. Von Juli 2018 an sollen die Ostrenten in sieben Schritten angehoben werden und so bis 1. Januar 2025 das Westniveau erreichen. Im Gegenzug soll die höhere Bewertung der Löhne für die Rentenberechnung im Osten ebenfalls in sieben Schritten gesenkt werden. Das bedeutet, dass künftige Rentnergenerationen im Osten auf die Höherbewertung ihrer Renten verzichten müssen.

Modernisierung der Schule:

Verhaltener Optimismus

Die dbb Lehrerverbände äußerten sich verhalten optimistisch zu den Plänen von Bildungsminister Marco Tullner, die Schulen fit für die Zukunft zu machen.

An Sachsen-Anhalts Schulen fehlen Lehrer und das nicht erst seit heute. Um den Bedarf an Lehrern zu decken, will Tullner im Schuljahr 2017/2018 500 bis 750 neue Lehrer einstellen. Das ist zu wenig, kritisieren die dbb Lehrgewerkschaften. „Die anvisierten Einstellungszahlen, so alle Stellen auch besetzt werden können, reichen selbst im kommenden Schuljahr nicht aus, um altersbedingte Personalabgänge, zunehmende Krankenstände, Schülerzuwächse sowie ständig wachsende zusätzliche Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer zu kompensieren.“

Nach unseren Berechnungen müssen mindestens 800 Neueinstellungen erfolgen“, sagte Philologenverbandschef Thomas Gaube. Seit Jahren sind viele Schulen aller Schulformen chronisch unterversorgt. Die dbb Lehrgewerkschaften haben immer wieder auf die Personalprobleme hingewiesen. Doch durch das von der SPD geführte Kultusministerium unter Stephan Dörgerloh wurde die Personalknappheit durch massive Kürzungen in der Stundentafel, Zuweisungen von Lehrerstunden und Streichung von pädagogischen Angeboten vertuscht. In der Debatte um den Doppelhaushalt 2017/2018 forderte die SPD, für dieses und das nächste Jahr 250 Lehrer mehr einzustellen als vom CDU-geführten Bildungsministerium geplant. Die Finanzierung der Mehrausgaben sollte durch Ein-

sparungen in allen Ministerien erfolgen. „Gerade die SPD fordert jetzt eine personelle Aufstockung, obwohl sie fünf Jahre Gelder in unsinnigen und teuren Schulstrukturveränderungen verbrannt hat, statt sich um eine angemessene Personalausstattung zu kümmern. Das ist unglaublich“, kritisiert Gaube. Am 14. Februar 2017 dann der Kompromiss im Koalitionsstreit um mehr Lehrer: Während die Lehrer auf dem Alten Markt in Magdeburg ihren Unmut über die stagnierenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst zum Ausdruck brachten, einigte sich Schwarz-Rot-Grün auf Neueinstellungen im Lehrerbereich. 2017 sollen nun 80 Lehrereinstellungen vorgezogen werden, die ursprünglich 2018 geplant waren. Statt den derzeit rund 14 020 Lehrern könnten damit Ende 2018 etwa 14 272 Stellen besetzt sein. „Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, diese Stellen bereits zum kommenden Schuljahr zu besetzen“, sagte Tullner.

In seiner Regierungserklärung vom 2. Februar 2017 kündigte er weitere Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall an. Geplant sei, weniger Lehrer in die Verwaltung abzuordnen. „In Zeiten des Lehrermangels brauchen wir den Lehrer vor der Klasse und nicht in den Amtsstuben“, so Tullner. Zudem sollen die Pädagogen von bürokratischen Aufgaben wie dem Schreiben von Berichten entlastet werden. Referendare sollen

Hauptversammlung der dbb frauen



> Kathrin Salzmann (Mitte), Deutsche Steuer-Gewerkschaft, wurde auf der Hauptversammlung der dbb frauen sachsen-anhalt am 8. Januar 2017 in Magdeburg zur neuen Vorsitzenden und Annette Dölle (links), Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft, zur Ersten Stellvertreterin gewählt. Zweite Stellvertreterin bleibt Anja Ackermann von der Deutschen Polizei-Gewerkschaft. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil Manuela Ahl, Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, ihr Amt als Vorsitzende aus persönlichen Gründen zur Verfügung gestellt hatte.

künftig früher eigenverantwortlich vor die Klasse treten. Der Sekundarschullehrerverband (SLV) vermisst in Tullners „Maßnahmenkatalog“ die Korrektur des am 1. August 2015 in Kraft getretenen Unterrichtsorganisationserlasses, der die Unterrichtsbedingungen an den Sekundarschulen weiter verschlechtert hat. „Hier wurden fahrlässig Stunden in Kernfächern gekürzt, Wahlpflichtkurse an Sekundarschulen abgeschafft und der Förderunterricht auf ein Minimum begrenzt. Selbst die Unterrichtsstunden für den gemeinsamen Unterricht (Inklusion) wurden zusammengestrichen“, ärgert sich Claudia Diepenbrock, Landesvorsitzende des Sekundarschullehrverbandes. Nach ihrer Auffassung sei eine Unterrichtsversorgung von mindestens 105 Prozent notwendig, um den Unterricht abzusichern.

Neben ausgebildeten Lehrern setzt Tullner indes auch auf Quereinsteiger. Das Ministerium erarbeitet derzeit ein Konzept für deren Qualifizierung. „Quereinsteiger werden zur Absicherung der Unterrichtsversorgung notwendig sein, jedoch dürfen sie bei allem Engagement und fachlicher Professionalität nur ein Notnagel sein. Diese Form der Personal-

beschaffung kann nicht zum Normzustand der Unterrichtsversorgung werden“, mahnt Gaube. Zudem befürchten die dbb Lehrerverbände, dass die Quereinsteiger ins „kalte Wasser“ geworfen werden. Sie fordern deshalb entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen vor ihrem Dienstantritt.

Tullner lobt das neue Onlinebewerbungsverfahren für Lehrer. Erste Erfahrungen zeigten, dass es Erfolge gebe. Die Lehrgewerkschaften dämpfen Tullners Begeisterung: „Onlinebewerbungsverfahren bringen weder neue Planstellen noch erhöhen sie die Attraktivität betroffener Schulstandorte. Dringend notwendig ist es nicht nur, allen Lehramtsstudenten, die in Sachsen-Anhalt ihre Ausbildung absolvieren, eine Stelle anzubieten, sondern sie als künftige Lehrerinnen und Lehrer auch tatsächlich in Lohn und Arbeit zu bringen. Notwendig seien attraktive Stellenangebote auch im ländlichen Raum.“

Die Schulen hätten auch kein Interesse daran, im Zuge der weiteren Erhöhung ihrer Eigenständigkeit die Ergebnisse der schulpolitischen Misswirtschaft der vergangenen Jahre auszubaden. Eine Forderung

von Bündnis 90/Die Grünen, wonach die Schulleitungen selbst über Personal, pädagogische Konzepte und darüber, wie viel Geld in Lehrmittel oder in Personal investiert wird, bestimmen, gehe an den Wünschen der Schulen und an der bildungspolitischen Realität vorbei. „Kein Schulleiter in der Altmark möchte sich im Konkurrenzkampf mit den Städten

Halle und Magdeburg um sein künftiges Personal selbst sorgen müssen. Sie erwarten von der Landesregierung mehr Eigenverantwortung in der Haushaltsführung und eine angemessene Erhöhung von Entlastungsstunden. Dass ausreichend Fachpersonal an den Schulen vorhanden ist, ist Aufgabe der Landesregierung“, sagte Gaube.

Die dbb Lehrerverbände sind sich einig: Nach Jahren der Kürzungen in Stundentafeln, Anrechnungstunden und Lehrerstundenzuweisungen ist es an der Zeit, nicht weiter den Mangel zu verwalten, sondern frühere pädagogische Mindeststandards zurückzugewinnen und die bildungspolitischen Ziele des Koalitionsvertrages umzusetzen. ■

Krankenstand im öffentlichen Dienst:

Hoher Altersdurchschnitt

Grund für den hohen Krankenstand im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt ist aus Sicht des stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Ulrich Stock der steigende Altersdurchschnitt in vielen Behörden.

„Die Leute werden nicht häufiger krank, aber wenn, dann länger.“ Hinzu komme der massive Stellenabbau der vergangenen Jahre. „Das hat zu einer deutlichen Arbeitsverdichtung geführt.“ Es gebe Bereiche, wo ein Kollege die Arbeit mache, die früher auf zwei oder drei Beamte verteilt wurde. „Wer dann krank wird, wird richtig krank“, sagte Stock der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Laut dpa besonders häufig krank in Sachsen-Anhalt sind Polizisten. So verzeichnete die Polizeidirektion Nord im Jahr

2015 pro Vollzugsbeamten 40,5 Fehltage wegen Krankheit – der höchste Wert seit sechs Jahren. Im vergangenen Jahr waren es bis August bereits 25,8 Tage. Ähnlich hoch liegt die Zahl der Fehltage bei den Polizeidirektionen Süd (39,6 Fehltage in 2015) und Ost (35,2). Zum Vergleich: Laut einer Erhebung der Krankenkasse DAK Gesundheit waren die Sachsen-Anhalter im vergangenen Jahr durchschnittlich 18,6 Tage krank. Der Krankenstand bei der Polizei liege jedoch auf einem mit den Ordnungshütern anderer

Bundesländer vergleichbaren Niveau, hieß es im Innenministerium. Der Anstieg sei auch einer Zunahme der Einsatzbelastung geschuldet.

Die Bediensteten der Straßenmeistereien fehlten 2016 laut Verkehrsministerium im Schnitt 36,6 Tage. Hoch ist der Krankenstand auch unter den Justizvollzugsbeamten. Sie waren in den vergangenen Jahren im Durchschnitt an rund 30 Tagen wegen Krankheit dienstunfähig. Das Justizministerium setzt hier auf ein betriebliches Gesundheitsmanagement, das etwa Sport- und Impfschutzangebote und eine Beratung durch den Betriebsarzt umfasst. Bei den Bediensteten des Landesverwaltungsamtes liegt der Krankenstand auf ähnlich hohem Niveau. 2015 waren es

Mehr Computer für Schulen



> Der stellvertretende dbb Vorsitzende Helmut Pastrik begrüßte am Rande der Auftaktveranstaltung der Landesregierung für die „Digitale Agenda“ am 8. Februar 2017 in Magdeburg, dass das Land die Digitalisierung mit einem Maßnahmenkatalog noch stärker vorantreiben will. „Das Land muss vor allem in den Schulen mehr tun und sie technisch auf den neuesten Stand bringen“, sagte Pastrik, der auch Landeschef des Verbandes Bildung und Erziehung ist. Dazu gehöre, dass die Schulen flächendeckend mit Computern ausgerüstet werden und Informatik ein reguläres Schulfach wird.

nach Angaben der Behörde im Durchschnitt 28 Tage pro Mitarbeiter. Neuere Zahlen gibt es laut Bildungsministerium auch zum Krankenstand der Lehrer nicht. Unter den Lehrern am häufigsten krank waren im Schuljahr 2014/2015 Lehrer an Förderschulen: Im Schnitt fehlten sie 30,8 Tage. Aus dem Bildungsministerium gibt es Zahlen für das vergangene Schuljahr nur für langzeiterkrankte Lehrer, die mehr als sechs Wochen ausfallen. Über alle Schulformen hinweg waren es in Sachsen-Anhalt 376.

Angesichts hoher Krankenstände fordert der dbb sachsen-anhalt eine bessere Gesundheitsvorsorge. „In diesem Bereich wird viel zu wenig getan“, sagte dbb Vize Ulrich Stock. Vielen Behörden fehlten die Mittel, um ihre Mitarbeiter mit Gesundheitsprogrammen zu unterstützen. ■

> dbb jugend

Meile der Demokratie

Die „Meile der Demokratie“, die am 21. Januar 2017 zum neunten Mal stattfand, ist viel mehr als eine Erinnerung an die Zerstörung Magdeburgs am Ende des Zweiten Weltkrieges: Sie dokumentiert, dass eine starke Bürgergesellschaft für Zusammenhalt und Demokratie steht.

Für Christoph Büchner, Landesvorsitzender der dbb jugend sachsen-anhalt und Stellvertreterin Lisa Birke war es selbstverständlich, auch in diesem Jahr wieder dabei zu sein: „Gerade in einer Zeit, in der Populisten auch in Deutschland auf dem Vormarsch sind und versuchen, unsere Wer-

te wie Toleranz und Offenheit und unsere hart erarbeiteten demokratischen Strukturen infrage zu stellen, stehen wir entschieden für eben diese.“

Die Magdeburger Innenstadt war an diesem Tag ein buntes Schaufenster für Toleranz und Weltoffenheit. Viele Akteure aus Politik und Gesellschaft kamen in die Landeshauptstadt, um zu zeigen, dass Magdeburg bunt und nicht braun, weltoffen und nicht ausländerfeindlich, tolerant und nicht politisch radikal ist. Rund 8 000 Menschen hatte ein buntes Programm aus Kultur, Unterhaltung und Informationen angelockt.

Jugendwoche:

Mehr Attraktivität im öffentlichen Dienst

Vor dem Thüringer Finanzministerium in Erfurt hatte sich eine Delegation der dbb jugend thüringen am 26. Januar 2017 positioniert, um ein Zeichen für ihre Forderungen vor der 2. Verhandlungsrunde der Einkommensrunde der Länder zu setzen.

„Wir fordern seit Jahren eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden im Anschluss an die Ausbildung, um den jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Der öffentliche Dienst ist weiterhin Spitzenreiter bei



> Mareike Klostermann, Sven Kahlert, Benjamin Lange, Dorin Kruchen, Staatssekretär Hartmut Schubert, Matthias Machts

© tbb

> Proteste im Rahmen der Einkommensrunde 2017

Am 15. Februar 2017 wurden Teile des öffentlichen Dienstes von Thüringen durch Warnstreiks lahmgelegt. Die Beschäftigten wollen damit höhere Einkommen durchsetzen. Gefordert sind Einkommenserhöhungen um insgesamt sechs Prozent. Darin enthalten sind ein Mindestbetrag als soziale Komponente sowie die Einführung einer durchgängigen Stufe 6 in der Entgelttabelle. „Wir erwarten von der Thüringer Landesregierung, dass sie sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für unsere Forderungen einsetzt. Das wäre ein dringend notwendiges Signal der Wertschätzung für den öffentlichen Dienst“, so der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann.

Darüber hinaus erwarte der tbb konkrete Zusagen bezüglich der Übertragung des Tarifgeb-

nisses auf den Beamtenbereich. „Beamte und Versorgungsempfänger haben ebenso einen Anspruch auf Teilhabe an der guten wirtschaftlichen Entwicklung“, sagte Liebermann. „Das wäre nicht nur ein starkes Bekenntnis zum Berufsbeamtentum, sondern auch ein wichtiger Schritt für die Nachwuchskräfte-Gewinnung.“

Dass die Einkommensrunde insbesondere für den Bereich der Lehrkräfte von großer Bedeutung sei, machte Bernd Fröhlich vom thüringer Lehrerverband (tlv) deutlich: „Die Weiterentwicklung zur Paralleltabelle durch eine deutlich erhöhte Angleichungszulage, die stufengleiche Höhergruppierung und die Einführung der Stufe 6 ab Entgeltstufe 9 sind wichtige Forderungen in dieser Tarifrunde.“

Befristungen, obwohl der größte Teil seiner Aufgaben dauerhafte Aufgaben sind. Das muss endlich aufhören“, forderte Mareike Klostermann, Vorsitzende der dbb jugend Thüringen, gegenüber dem thüringer Staatssekretär Dr. Hartmut Schubert, der stellvertretend für die Thüringer Finanzministerin die Forderungen der Jugend entgegennahm. „Ohne das werden wir im Wettbewerb um die besten Azubis mit der Wirtschaft nicht mehr bestehen können. Angesichts der fortschreitenden Pensionierungs- und Verrentungswelle wird der öffentliche Dienst zunehmend mehr motivierte und gut ausgebildete junge Leute brauchen, um seine Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten zu können.“

Im Rahmen der Jugendwoche wurde quer durch Deutschland vor den Finanzministerien auf die Forderungen der dbb jugend in der diesjährigen Einkommensrunde der Länder aufmerksam gemacht.



© tbb

Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder:

Übertragung auf Beamte ist zwingend!

Ehrliche Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten in Thüringen hat der tbb nach dem Abschluss der Einkommensrunde 2017 für die Beschäftigten der Länder gefordert. Es sei jetzt an der Landesregierung, entsprechend zu handeln.

„Wir erwarten eine Umsetzung des Gesamtergebnisses des Tarifabschlusses – also Haushaltsauswirkung von linearer Erhöhung und den diversen strukturellen Verbesserungen – auf die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger des Freistaats Thüringen und seiner Kommunen“, bekräftigte tbb Chef Helmut Liebermann am 20. Februar 2017

in Erfurt. Wenn es die Landesregierung mit der Wertschätzung ihrer Beamten und Versorgungsempfänger ehrlich meine, sei die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung zwingend. „Dazu gehört auch die Übertragung der sozialen Komponente“, so Liebermann.

„Nachdem dem Vernehmen nach bereits in sechs anderen



Bundesländern die Absicht öffentlich gemacht wurde, eine Eins-zu-eins-Übertragung vorzunehmen, geht es für die Thüringer Landesregierung noch um mehr: Sie muss sich positionieren, ob sie sich diesem bundesweiten Trend

anschließen oder ein Signal der Geringschätzung aussenden will.“ Die Aussage, dass es noch Abstimmungsbedarf gebe und daher Geduld erforderlich sei, wäre unter den aktuellen Gegebenheiten nicht akzeptabel. ■

Verbeamtung von Lehrern:

Kabinettsbeschluss begrüßt

Der Thüringer Beamtenbund hat den Beschluss des Kabinetts, Lehrer wieder zu verbeamten, als richtigen Schritt für die Zukunft des Thüringer Bildungswesens begrüßt.



Demnach sollen Lehrer in Thüringen ab August 2017 wieder zu Beamten ernannt werden. „Diese Entscheidung war vom tbb seit vielen Jahren immer wieder eingefordert worden“, kommentierte tbb Chef Helmut Liebermann den Beschluss

und wies darauf hin, dass damit „ein Schritt zu bundesdeutscher Normalität vollzogen wird, der längst überfällig war.“ Gleichzeitig werde damit eine Bedingung erfüllt, Zweiklassengesellschaften in den Lehrerzimmern in absehbarer

Zeit abzuschaffen. Thüringen hatte bis 2006 schon einmal Lehrer ins Beamtenverhältnis berufen, sodass heute etwa die Hälfte der Kollegien aus Beamten und Tarifbeschäftigten besteht.

„Viel zu häufig wird bei uns das Beamtenverhältnis immer noch auf Vorurteile reduziert, während diese Selbstverständlichkeit zu wenig als Faktor für Verlässlichkeit und Anerkennung dieses Berufsstandes gesehen wird“, so Liebermann weiter. Dass das Angebot der Verbeamtung nicht nur neu einzustellenden, sondern auch den bereits als Tarifbeschäftigte tätigen Lehrerinnen und Lehrern zu unterbreiten, sei für den tbb immer unverzichtbar gewesen.

„Jetzt wird es darauf ankommen, Detailprobleme zu lösen und gleichzeitig weitere

Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um den qualitativ und quantitativ benötigten Lehrernachwuchs für Thüringen zu gewinnen“, so der Landesvorsitzende. ■

> GDL Thüringen

GDL Arbeitskreis Zugbegleitdienst und Gastronomie im Bezirk Hessen – Thüringen – Mittelrhein

Am 8. Februar 2017 tagte der bezirkliche Arbeitskreis Zub unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Sven Strecker in Fulda.

In der Zeit von 13 bis 15 Uhr wurden Themen für Einleger erarbeitet unter dem Motto „Was wäre für unsere Kollegen wichtig“. Zweite Arbeitsaufgabe war die Aufstellung der nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Bezirk und wo diese tätig sind.

Landeshauptvorstand:

Weichen gestellt

Am 15. Februar 2017 fand in Erfurt die erste Landeshauptvorstandssitzung im Jahr 2017 des tbb thüringer beamtenbund und tarifunion statt.

Neben den zahlreichen Veranstaltungen, die gerade in Bezug auf die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform stattgefunden haben, wurde auch über die Weiterentwicklung der Arbeit der tbb senior ausführlich berichtet.

Der tbb beamtenbund und tarifunion bedankte sich bei seinen Mitgliedern Thilo Helm (BLV), Thomas Hirschel

(VDStra), Hartmut Schaefer (GDL) und Peter Heide (BRH) für ihre jahrelange Tätigkeit in den Gewerkschaften und des tbb. Gleichzeitig begrüßt der tbb Dr. Schmitz-Riol (DPoIG), welcher vom Landeshauptvorstand als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt wurde und ab sofort die Kommission Dienstrecht leitet, und Matthias Haltenhof als neuen Geschäftsstellenleiter.



> Helmut Liebermann, Thilo Helms, Birgit Drischmann, Mario Köhler



> Helmut Liebermann, Hartmut Schäfer, Birgit Drischmann



> Helmut Liebermann, Peter Heide, Birgit Drischmann



> Helmut Liebermann, Thomas Hirschel, Birgit Drischmann und David Cyrus

© tbb (4)

117. Deutscher Wandertag in Eisenach und der Wartburgregion:

ThüringenForst unterstützt Wandern auf Luthers Spuren ...

Eisenach wird 2017 deutsche Wanderhauptstadt! 95 geführte Wandertouren, die symbolisch für Luthers 95 Thesen stehen, führen nicht nur entlang des Lutherwegs rund um Eisenach, sondern auch durch Thüringer Wald, Hainich, Werratal und Rhön. Das Rückgrat aller Wandertouren bildet der „Vater aller Gebirgswanderwege“, der weltberühmte Rennsteig.

Auf rund 170 Kilometer führt er wie ein roter Faden durch grüne Buchenwälder, romantische Felsentäler und traditi-

onsreiche Fachwerkdörfer. Zwischen der Wartburg und dem Nationalpark Hainich gelegen, versprüht die Welterberegion

Wartburg Hainich mit vielen kleinen historischen Städten und touristischen Attraktionen, wie dem 530 Meter lan-

gen Baumkronenpfad, dem Japanischen Garten in Bad Langensalza, das Wildkatzenort in Hütscheroda oder der histo-

rischen Altstadt von Mühlhausen, einen unverwechselbaren Charme. In der Rhön, im sogenannten „Land der offenen Fernen“, begeistern grandiose Panoramablicke über vielgestaltige Vulkankegel Gäste und Einheimische gleichermaßen.

Ein buntes Kulturprogramm in der Wartburgstadt und in den Wanderregionen sowie Bus- und Radtouren zu den belieb-



© mbpicture / Fotolia

testen Ausflugszielen in der nahen und fernen Umgebung machen den Juli zu einem Erlebnis für Jung und Alt. Vom 22. Juli bis 6. August, also über den Wandertag hinaus, wird es in der gesamten Wartburgregion weitere Angebote wie spezielle Wanderungen für Kinder, Kräuter- und Hundeliebhaber, barrierefreie Touren für Gäste mit Gehbehinderung oder Forstinteressierte geben.

Ausrichter der Großveranstaltung 2017 ist der Rennsteigverein 1896 e. V. Er wird unterstützt von der Stadt Eisenach, dem Wartburgkreis, der Eisenach-Wartburgregion Touristik GmbH sowie dem ThüringenForst.

info@wandertag-2017.de
www.wandertag-2017.de ■

BTE-TH:

Neuwahl des Vorstandes

Am 12. Dezember 2016 fand in Ilmenau die Neuwahl des Vorstandes der Fachgewerkschaft BTE Thüringen und der Kassenprüfer statt.



> Helmut Liebermann, Pia Reinhard



> Ina Kessler, Stefan Hofmann, Evelyn Breitenherdt, Jens Hahnwald, Steffen Knabe, Jana Fischer

Gewählt wurden Evelyn Breitenherdt zur 1. und Jens Hahnwald zum 2. Vorsitzenden. Weiterhin fiel die Wahl des Schatzmeisters auf Jana Fischer, Stefan Hofmann konnte als Schriftführer gewonnen werden. Das Amt der Kassenprüfer üben Ina Keßler und Steffen Knabe aus. Bis auf Frau Breitenherdt und Frau Keßler wurden alle Funktionen mit erstmals gewählten Mitgliedern besetzt.

Die bisherige 1. Vorsitzende Pia Reinhardt trat nach acht Jahren aktiver Arbeit im Vorstand zurück und stand nicht zur Wahl. Wir danken ihr für ihr großes Engagement in den vergangenen schwierigen Jahren, in denen nicht nur ein neues Mess- und Eichgesetz und eine neue Mess- und Eichverordnung in Kraft traten, was Änderungen für den Eichvollzug mit sich brachte. Auch die Integration des bisherigen Landesamtes für Mess- und Eichwesen in das neu geschaffene Landesamt für Verbraucherschutz fand statt. Zudem kam immer wieder das Thema der Privatisierung des Mess- und Eichwesens zur Sprache.

Weiterhin gilt der Dank der Gewerkschaftsmitglieder der bisherigen Schatzmeisterin Viola

Kleinert, der Schriftführerin Ilona Iffland und dem Kassenprüfer Lutz Machts.

Gast der Wahlversammlung war der Vorsitzende des tbb, Herr Helmut Liebermann.

Evelyn Breitenherdt

> Geschäftsführung



© privat

Matthias Haltenhof ist die Elternzeitvertretung für die Geschäftsstellenleiterin des tbb beamtenbund und tarifunion in Erfurt.

Der gebürtige Mühlhäuser studierte an der Friedrich-Schiller Universität in Jena Rechtswissenschaften und beendete erfolgreich im November 2016 sein Referendariat in Erfurt. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

